

EEG-Das dicke Ende kommt noch: Musterklage gegen RWE wegen Nachforderungen für Ökostromkosten!

geschrieben von Handelsblatt Limburg | 3. Juli 2010

Das Handelsblatt schreibt:

Der Berliner Energiedienstleister Ampere hat wegen hoher Nachzahlungen für Ökostrom eine Musterklage gegen den Energiekonzern RWE eingereicht. Der Versorger rechne erst jetzt die gesetzliche Umlage aus dem Jahr 2008 ab, begründete Ampere-Chef Dietmar Polster im "Handelsblatt" (Freitag) die Klage vor dem Dortmunder Amtsgericht. Dies sei zu spät. RWE wies den Vorwurf zurück. Das Unternehmen sehe der Klage gelassen entgegen, sagte ein Sprecher der Zeitung. RWE gebe lediglich die im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgelegten Kosten an die Kunden weiter. rechne erst jetzt die gesetzliche Umlage aus dem Jahr 2008 ab, begründete Ampere-Chef Dietmar Polster im "Handelsblatt" (Freitag) die Klage vor dem Dortmunder Amtsgericht. Dies sei zu spät. RWE wies den Vorwurf zurück. Das Unternehmen sehe der Klage gelassen entgegen, sagte ein Sprecher der Zeitung. RWE gebe lediglich die im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgelegten Kosten an die Kunden weiter.

Laut "Handelsblatt" gehen bei Unternehmen derzeit tausendfach Nachforderungsbescheide zu Stromrechnungen ein. Die Beträge schwankten von wenigen Hundert Euro bis hin zu sechsstelligen Summen. Insgesamt verlangten die Stromkonzerne mit Verweis auf das Öko-Gesetz nachträglich bis zu eine halbe Milliarde Euro, schreibt die Zeitung unter Berufung auf Experten. Mit einer solchen Kostenlawine habe in der Industrie niemand gerechnet.

Ampere stützt sich in seiner Klage auf das seit 2009 gültige neue EEG-Gesetz. Darin ist erstmals eine Frist enthalten, bis zu der Ansprüche geltend gemacht werden müssen. Bis zum 30. November des Folgejahres müssen die Elektrizitätsunternehmen die Kosten abrechnen. RWE wiederum verweist darauf, dass es nicht möglich sei, das neue Gesetz auf frühere Fälle anzuwenden. Zudem gebe es Übergangsregelungen und individuelle Vereinbarungen, sagte ein Sprecher dem Blatt.

Die Stromkonzerne reichen die gesamten Kosten von Sonnen-, Wind-, und Bioenergie an ihre Kunden weiter. Dazu sind sie laut dem von der früheren rot-grünen Bundesregierung verabschiedeten Erneuerbare-Energien-Gesetz berechtigt. Dass die Nachforderung so spät kommt, hängt damit zusammen, dass die genaue Menge des erzeugten Ökostroms erst im Nachhinein feststeht. Sonne und Wind erzeugen unregelmäßig Strom. Die genauen Kosten für die Förderung werden daher erst später sichtbar.

Wegen des Booms beim Ausbau vor allem der Solarenergie in Deutschland steigen die Kosten rasant an. In diesem Jahr rechnet der Energieverband BdeW mit einer EEG-Umlage von 8,2 Mrd. Euro, das wäre doppelt so viel wie 2008. Vor diesem Hintergrund hat sich in der laufenden Diskussion über die Kürzung der Solarförderung etwa auch die Verbraucherzentrale für starke Einschnitte ausgesprochen. An diesem Montag will der Vermittlungsausschuss aus Bundestag und Bundesrat einen Kompromiss vorschlagen. Die Bundesregierung will die Vergütungssätze für Dachanlagen um 16 Prozent und für Solarparks um elf Prozent senken. Dagegen laufen die Solarunternehmen Sturm. Sie fürchten eine Pleitewelle und einen Verlust von Arbeitsplätzen bei einer massiven Förderkürzung.

Den Originalartikel finden Sie hier

Weil offensichtlich immer noch nicht genügend Geld vom Verbraucher abkassiert wird, fürchtet die Solarbranche eine Dämpfung und bemüht vorsichtshalber schon mal ihr baldiges Ende. So schreibt der Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. (SFV) svf in einer Rundmail vom 1.7.10 :

Todeskampf der Photovoltaik in Deutschland

1. Todeskampf der Photovoltaik in Deutschland

Torschlusspanik und Ende der Kleinanlagen

Seit 1.1.2009 erhalten nur noch Solarstromanlagen, die der Bundesnetzagentur gemeldet worden sind, die Einspeisevergütung nach EEG. Die Datenmeldungen an die Bundesnetzagentur sind deshalb die zuverlässigste Quelle, aus der sich Fortgang oder Verzögerungen im Ausbau der PV in Deutschland belegen lassen.

Die auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlichten PV-Datenmeldungen – durch den SFV in eine Graphik umgesetzt – zeigen ein erschütterndes Bild.

Zunächst einmal erkennt man deutlich, dass bereits die "regulären" Absenkungen der Einspeisevergütungen zum Jahreswechsel 2008/2009 (um 5 bis 6,5 Prozent) sowie 2009/2010 (um 8 bis 10 Prozent) erheblich zu hoch ausgefallen sind. Der Grund für den jeweiligen Einbruch in der Nachfrage ist bekannt: Beim Übergang von einem Jahr in das nächste verlängert sich zwar die Laufzeit der Einspeisevergütung um fast ein Jahr (5 Prozent) aber die Vergütung selbst sinkt um mehr als 5 Prozent. Würde die Vergütung um weniger als 5 Prozent sinken, so würden sich Verlängerung der Vergütungsdauer einerseits und Absenkung der Vergütungshöhe andererseits in etwa ausgleichen und die jeweilige Torschlusspanik zum Stichtag der Absenkung würde ausbleiben.

An der Höhe des Balkens im Dezember 2009 erkennt man die Leistungsfähigkeit der deutschen Installationsbetriebe. 1450 MW wurden in einem einzigen Monat, sogar in einem Wintermonat, installiert! Doch

diese Leistung soll nach dem Willen von Schwarz/Gelb zukünftig mit 16 Prozent weniger Vergütung und ab Januar 2011 sogar mit 16% + etwa 10% = 26 Prozent weniger Vergütung erzielt werden. (Vielleicht sollten die Diäten der Bundestagsabgeordneten, die in namentlicher Abstimmung für diese Entscheidung gestimmt haben, um den selben Prozentsatz gekürzt werden.)

Besonders bedrückend ist das deutliche Zurückbleiben der "kleinen Anlagen". Der SFV hat als typische Anlagengrößen die Anlagen bis 5 kWp sowie die Anlagen über 5 kWp bis 10 kWp aus den Statistiken gesondert berücksichtigt. Die erstere Größe passt auf ein Reihenhausdach, die zweite Größe auf ein größeres Einfamilienhaus. Diesen Kleinanlagen stehen die mittleren und großen Anlagen gegenüber, die hier nicht weiter nach Größen klassifiziert wurden.

Die Graphik zeigt das Problem der Kleinanlagen aus "produktionstechnischer Sicht" bzw. aus Sicht der Solarinstallateure. Sie zeigt, welcher geringer Anteil der neu installierten Solarmodule überhaupt noch auf Einfamilienhäusern verbaut wurden.

Die zweite Graphik zeigt schließlich aber auch noch das Problem aus "sozialer Sicht". Wer hat Anlagen gebaut? Sie zeigt, wie wenige Einfamilienhausbesitzer überhaupt noch Solaranlagen auf ihre Dächer gebaut haben. Der Grund für das Zurückbleiben der kleinen Anlagen liegt zweifellos in der Tatsache begründet, dass bei den Kleinanlagen bereits seit Januar 2009 die Einspeisevergütung nicht mehr ausgereicht hat, die Kosten für die Errichtung der Anlagen zu decken.